

INITIATIVKREIS GEGEN ATOMWAFFEN

e-mail: inigatomwaffen@web.de

Pfarrer Dr. Matthias Engelke

41334 Nettetal-Lobberich

Tel: 02153-121989

e-mail: mw-Engelke@t-online.de

Mitträger der Kampagne:



Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,

als Initiativkreis gegen Atomwaffen nehmen wir Ihr Engagement gegen die Klimaerwärmung sehr aufmerksam wahr und sind dankbar dafür, dass Sie sich in diesem Gebiet so engagiert zeigen.

Gleiches Engagement wünschen wir uns dabei, die illegale deutsche nukleare Teilhabe zu beenden und den mit dem Nichtverbreitungsvertrag zusammenhängenden Verpflichtungen von Seiten der Bundesregierung endlich nachzukommen.

Die gegenwärtig in Büchel lagernden amerikanischen Atomwaffen bergen jede für sich bereits ein Vielfaches der Sprengkraft der Hiroshima-Atombombe und stellen eine unabsehbare Bedrohung dar, nicht nur im Falle ihres Einsatzes, sondern ebenso als Ziel eines militärischen oder terroristischen Angriffs.

Die Lagerung der Atomwaffen und das Üben ihres Einsatzes erfüllen keinen militärischen Zweck, sie stehen vielmehr im Widerspruch zu dem Tenor des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 8. Juli 1996 über die Androhung und Anwendung von Atomwaffen, wonach dieses grundsätzlich gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt.

Mit der Völkerrechtswidrigkeit des Übens und angedrohten Einsatzes der Atomwaffen werden die Gewissen der Soldaten belastet, die damit eine unzumutbare Verantwortung tragen. Durch die nukleare Teilhabe werden die Soldaten in Widerspruch zu ihrem Eid und dem Grundgesetz gebracht, das die Einhaltung des Völkerrechts nach Art. 25 zwingend vorschreibt.

Aus Angst um ihre Arbeitsplätze schweigen viele Menschen zu diesem Unrecht. Das korrumpiert ihre Gewissen und zerstört auf diese Weise die Grundlage menschlichen Zusammenlebens, das Vertrauen. Sollen wir tatenlos zusehen, wie sich ein Rechtsstaat selbst zersetzt? Sie haben das Ende eines Staates, dem die Bürger ihr Vertrauen entzogen haben, an Ihrer eigenen Haut erlebt. Auch aus Sorge um die Zukunft unseres Rechtsstaats setzen wir uns deshalb für den Abzug der Atomwaffen ein.

Deutschland kann sich glaubwürdig nur gegen die Verbreitung von Atomwaffen einsetzen, wenn es beispielgebend auf die nukleare Teilhabe verzichtet und wenn auf dem eigenen Territorium keine Atomwaffen lagern.

Seit 2002 haben wir in jedem Jahr unter dem Motto "Jericho in der Eifel" dazu aufgerufen, das Atomwaffenlager in Büchel zu umwandern (18 km), um gegen die nukleare Teilhabe zu protestieren und die verantwortlichen Politiker dazu zu bewegen, die nukleare Teilhabe zu beenden. In 2008 stehen im Zusammenhang mit der 7. die letzten Umrundungen an. Wir setzen uns auf gewaltfreie Weise dafür ein, dass die Atomwaffen aus Deutschland abgezogen und abgerüstet werden. Bislang haben wir jedoch nicht erkennen können, dass die Bundesregierung entscheidende Schritte in Richtung der Beendigung der nuklearen Teilhabe unternimmt.

Wir fordern darum von der deutschen Bundesregierung, dass sie bis zum kommenden Hiroshima-Gedenktag am 6. August 2008 zweifelsfrei erklärt,

- dass Deutschland seine nukleare Teilhabe beendet hat und das Üben von Atomwaffeneinsätzen durch Bundeswehrsoldaten spätestens bis zu diesem Datum eingestellt worden ist;
- dass sie die USA aufgefordert hat, bis spätestens 2010 die Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen, damit die Bundesregierung bei der nächsten Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages 2010 erklären kann, dass Deutschland nuklearwaffenfrei ist;
- dass durch völkerrechtlich verbindliche Erklärungen oder Verträge der Bundesregierung die dauerhafte Atomwaffenfreiheit Deutschlands abgesichert worden ist;
- dass Deutschland künftig in keiner Weise, auch nicht indirekt, an der Planung, der Androhung und der Durchführung eventueller Atomwaffeneinsätze beteiligt sein will.

Für den Fall, dass die Bundesregierung bis zum 6.8.2008 diese Punkte nicht umgesetzt hat, kündigen wir schon jetzt an, dass es in Büchel durch Aktionen, die der Gewaltfreiheit verpflichtet sind, zukünftig keinen reibungslosen Ablauf mehr geben wird.

In der Hoffnung, dass Sie die Beendigung des völkerrechtswidrigen und grundgesetzwidrigen Zustandes der nuklearen Teilhabe beherzt voranbringen,

verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Matthias Engelke, Pfr.

Lobberich, den 26.11.2007